

Uli Cremer***Sprecher der BAG Frieden im Fachbereich Außenpolitik bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN***

Hamburg, den 27.03.98

Die außenpolitische Debatte auf der Magdeburger BDK

Wir alle haben die Schlagzeilen nach der BDK gelesen. Hieß es noch am Freitag vor der BDK „Grüne über Bosnien-Einsatz einig“ (FAZ 6.3.98), lauteten die Schlagzeilen am Montag dann: „Grüne über Bosnien-Politik zerstritten“ (Süddeutsche Zeitung, 9.3.98) oder auch „Ein Sieg der Basis gegen die Spitzen der Partei“ (Berliner Zeitung 9.3.98). Führende GRÜNE PolitikerInnen redeten von einer „Steilvorlage für den politischen Gegner“ (Gunda Röstel) oder von „Erbarmen mit Helmut Kohl“ (J. Fischer) und davon, daß DAS bei den nächsten Wahlen Prozente koste.

Aber was ist eigentlich das DAS? Da die Berichterstattung über die Magdeburger BDK in der Regel erst bei den Reaktionen auf das DAS einsetzte, das jedoch nicht weiter erläutert wurde, erscheint es mir notwendig, die Vorgeschichte der BDK sowie die Entwicklung in Magdeburg selbst nachzuzeichnen, um auch jenen, die in Magdeburg nicht dabei sein und auch nicht die ganze Zeit Phönix gucken konnten (weil sie kein Kabelanschluß haben oder Besseres zu tun hatten), Hintergrundinformationen zu geben, um sich ein differenziertes Bild von der Lage zu machen.

1. Die Vorgeschichte

Auf dem Länderrat in Erfurt Anfang Januar kündigte Reinhard Bütikofer vom Landesvorstand Baden-Württemberg einen Bosnien-Antrag zum Wahlprogramm an. Er wollte in das Wahlprogramm einen „Kompromiß“ hineinstimmen, der „mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen mit den Sfor-Truppen in Bosnien, eine Bundeswehrbeteiligung nicht grundsätzlich“ ausschließen sollte. „Vielmehr werde ein solcher Einsatz für die Grünen ‚ein immer wieder neu zu entscheidender schwieriger Grenzfall bleiben‘¹. Der Satz „Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab.“ sollte gestrichen werden. In Erfurt las Bütikofer den Antrag lediglich vor. Er hatte nur ein paar handschriftliche Notizen dabei, eine schriftliche Version wurde – zumindest an die TeilnehmerInnen des Länderrats - nicht verteilt. Insofern konnte man in den darauffolgenden Wochen darüber spekulieren, ob der Antrag für die BDK nun gestellt würde oder nicht. Das wurde auf der BAG-Sitzung im Februar kräftig getan.

Ich selbst ging seit dem Länderrat davon aus, daß das Bosnien-Faß aufgemacht wäre. Deswegen bereitete ich zwei Anträge für die BDK vor: Erstens sollte im Programm die Beendigung aller friedenserzwingenden Einsätze der Bundeswehr verlangt werden (was übersetzt den Abzug der Bundeswehr aus Bosnien bedeutete) und zweitens sollte in einem eigenständigen Antrag die GRÜNE Position zu Bosnien im Detail festgelegt werden (was einen eigenständigen Tagesordnungspunkt erfordert hätte). Bezüglich der Durchsetzbarkeit beider Anträge machte ich mir keine Illusionen. Der Sinn lag darin, dem Bundesvorstand Manövrierspielraum zu verschaffen, um den Baden-Württemberger Vorstoß auszubremsen. Das konnte natürlich nur gelingen, wenn meine Anträge rechtzeitig für die letzte

¹ FR 12.1.98

Verschickung vor der BDK eingereicht wären, denn mit Tischvorlagen können bei BDKs in der Regel nur diejenigen agieren, deren Positionen täglich in den Medien dargestellt werden. Die pazifistische Position braucht dagegen Vorlauf, um die Leute mit der eher unbekanntem Argumentation vertraut zu machen.

Da die skizzierte Strategie auf der Februar-BAG auf große Skepsis traf und die Auffassung vorherrschte, die Baden-Württemberger würden sich mit so einem „Krawallantrag“ quasi selbst ins „Unrecht“ setzen, reichte ich die bereits mit 20 Unterschriften versehenen Anträge nicht ein.

Eine Woche vor der BDK hatte sich die Situation so entwickelt, daß zum Thema Kampfeinsätze / Bosnien der Baden-Württemberger Antrag sowie einige Kreisverbandsanträge eingereicht worden waren. Nach Gesprächen in Bonn am Montag, den 2. März, ging ich davon aus, daß die Bundesvorstandsstrategie, Änderungen des Programmentwurfs an dieser Stelle zu vermeiden, weiter Bestand hätte.

2. Der Kompromiß 3 Tage vor der BDK

Am Mittwoch, den 4. März traf sich in Bonn jedoch eine Elefantenrunde aus Fraktions- und Parteispitze. Die FAZ titelte anschließend: „Grüne über Bosnien-Einsatz einig – Linke und Realpolitiker erzielen einen Kompromiß“ (FAZ 6.3.98). Im Artikel hieß es: „Bütikofer ... nannte den Kompromiß einen ‚ganz wesentlichen Erfolg‘. Bundestagsabgeordnete könnten nun einem Sfor-Einsatz ohne ‚verlogene Ausflüchte‘ zustimmen. Er äußerte die Überzeugung, daß die Realpolitiker sich auch mit dem ursprünglichen Antrag auf dem Parteitag hätten durchsetzen können.“ Dieser Einschätzung hatten sich offensichtlich auch die linken TeilnehmerInnen der Runde angeschlossen.

Der „Kompromiß“ bestand aus folgenden Elementen:

1. Keine Eskalation durch NATO-Einsatz

Eingeleitet wurde mit dem Satz, „die Stationierung von NATO- und anderen Truppen“ habe „nicht wie von vielen befürchtet zu einer Eskalation geführt.“ Damit wurden all jene, die in der Vergangenheit den Einsatz abgelehnt hatten, mehr oder weniger als Trottel hingestellt. Denn es wurde kein Wort über die Faktoren verloren, die die Eskalation verhindert haben. Dabei wären z.B. die pazifizierende Wirkung der massiven Wiederaufbauhilfe (Wirtschaftswachstum von 50% im Jahre 1996) sowie der Verzicht der NATO-Truppen auf die aktive Verfolgung mutmaßlicher Kriegsverbrecher zu nennen.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach sofortigem Abzug der Bundeswehr aus Bosnien durchaus verantwortbar. Sie ist auch mit der Frage verknüpft, wer denn nach dem Abzug den Krieg wieder beginnen würde. Bekanntlich ist das militärische Kräfteverhältnis seit Dayton massiv zugunsten der bosnisch-kroatischen Konföderation verändert worden – dank der militärischen Aufrüstung durch USA und NATO, auch mit Hilfe Deutschlands. 1996 wurde der bosnische Verteidigungsminister auf Weisung Washingtons wegen seiner Iran-Kontakte abgelöst. Der Einfluß der US-Regierung auf das politische Geschehen ist also nicht gerade gering. Warum sollte vor diesem Hintergrund nicht ein Anruf Bill Clintons in Sarajewo die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verhindern können?

Abgesehen davon wird die Vorgeschichte des Friedensschlusses von Dayton natürlich unterschiedlich beurteilt. Bei einigen ist schließlich vor lauter Freude über die NATO-Luftangriffe die wie von unsichtbarer Hand gesteuerte adäquate Territoriaufteilung in Kroatien und Bosnien im Vorfeld übersehen worden: Im Mai 1995 konnte Kroatien nahezu kampflos Westslawonien erobern, die serbischen Kämpfer wurden unter UN-Aufsicht in den serbischen Teil Bosniens unter Mitnahme ihrer Waffen expeditiert. Anschließend durften die Serben mit Wissen der westlichen Geheimdienste und Regierungen muslimische Enklaven kassieren. Selbst das Massaker von Srebrenica war in westlichen Hauptstädten im Vorfeld bekannt und hätte durch einen Telefonanruf in Belgrad vermieden werden können. Aber es war eben Teil des Gesamtdeals. Anschließend waren im August die Kroaten in der Krajina am Zuge und schließlich wurden bis September durch Vorrücken den muslimischen Truppen die letzten Frontbegradigungen in Bosnien selbst vorgenommen. „Zufällig“ war damit etwa die Territoriaufteilung erreicht, die Grundlage aller Friedensvorschläge war. All diese Fakten waren im Herbst 1995 bereits bekannt. Z.B. hatte Andreas Zumach in der taz enthüllt, daß der US-amerikanische, der französische und der deutsche Geheimdienst den inner-serbischen Funkverkehr vor Srebrenica en details abgehört hatte (vergl. taz 12.10.95, 20.10.95 und 30.10.95).² Vor diesem Hintergrund gingen die Forderungen nach militärischem Schutz den Enklaven im Jahre 1995 von falschen Voraussetzungen aus bzw. beruhten auf Unkenntnis.

2. NATO-Einsatz = friedenserhaltend?

Der zweite Absatz attestiert dem NATO-Einsatz in Bosnien „den Charakter einer friedenserhaltenden Maßnahme“. Damit wird Winni Nachtweis Vorschlag vom Länderrat in Erfurt aufgegriffen, wie man Programm und Agieren der Fraktion in Einklang bekommen könnte: Zwar basiere der NATO-Einsatz auf einem Kapitel VII-Mandat (Kampfeinsatz), aber von der Erscheinung her sei er „im Kern friedenserhaltend“³. Und friedenserhaltende Einsätze seien im Bundestagswahlprogramm schließlich vorgesehen.

In der Politik ist jedoch nicht von Erscheinungen, sondern von der juristischen Grundlage auszugehen. Danach handelt es sich in Bosnien um einen Kampfeinsatz nach Kapitel VII und nicht um einen friedenserhaltenden Einsatz nach Kapitel VI.

3. „Es darf kein Sicherheitsvakuum entstehen“

Weiter wird die 1996er Position der Bundestagsfraktion zu Bosnien übernommen oder genauer gesagt die der Mehrheit, denn 10 MdBs stimmten damals gegen diesen „Kompromiß“. Erinnern wir uns zurück: Im Dezember 1996 stand die 2. Bosnien-Abstimmung im Bundestag an. Damals einigte sich die Mehrheit auf den Wunsch, daß aus dem SFOR-Einsatz ein langfristiger friedenserhaltender UN-Einsatz werden möge. Solange das nicht der Fall sei, dürfe kein Sicherheitsvakuum entstehen. Das hieß recht verklausuliert: Bleiberecht für die Bundeswehr in Bosnien. Diese Position war 1996 auch in der GRÜNEN Partei umstritten. Nach wie vor traten viele für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Bosnien ein. Allerdings wurde die Kontroverse auf der Suhler BDK, der damals mehrere Anträge zum Thema vorlagen, nicht ausgetragen.

Diese umstrittene 1996er Position wurde nunmehr der BDK 1998 als „Kompromiß“ vagesetzt.

² Die gesamte Geschichte ist in meinem im Februar 1998 erschienenen Buch „Neue NATO – neue Kriege? Zivile Alternativen zur Bundeswehr“ S.35ff. genauer nachzulesen.

³ taz 12.1.98

4. Die Öffnungsklausel

Auch wenn der Satz bezüglich der grundsätzlichen Ablehnung von Kampfeinsätzen erhalten bleiben sollte, wurde die „deutsche Beteiligung an einem weiteren Einsatz in Bosnien“ als „ein schwieriger und immer wieder neu zu entscheidender Ausnahme- und Konfliktfall“ charakterisiert. Wer grundsätzlich gegen irgend etwas ist, im konkreten Fall aber dafür, kann natürlich keine besondere Glaubwürdigkeit mehr für seine Grundsatzposition in Anspruch nehmen. Politik entwickelt sich nun einmal genau wie die US-amerikanische Rechtsprechung durch Einzelfälle. Vor diesem Hintergrund stellen die Formulierungen nichts anderes als eine Öffnungsklausel für die Zustimmung zur deutschen Beteiligung an weiteren Kampfeinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta dar und haben darum Dambruchcharakter.

5. Freie Fahrt für die GRÜNEN MdBs

Der letzte Satz lautet: „Die mögliche Beteiligung an einem solchen Einsatz muß im Lichte dieser Position konkret durch den Bundestag entschieden werden.“ Da dieser sich in seiner Gänze natürlich wenig für die GRÜNE Position interessiert, ging es hierbei um die Delegation der politischen Entscheidung von der Partei an die GRÜNE Bundestagsfraktion. Wie die FAZ Bütikofer zitierend eben berichtet hatte: „Bundestagsabgeordnete könnten nun einem Sfor-Einsatz ohne ‚verlogene Ausflüchte‘ zustimmen.“ (FAZ 6.3.98)

6. Der Kuhhandel

Bei dem „Kompromiß“ ging es allerdings nicht nur um die Bosnien-Frage, sondern um folgenden Kuhhandel: Die Reals stimmen im Bundestag dem Amsterdamer Vertrag und der NATO-Osterweiterung nicht zu, sondern enthalten sich der Stimme. Zum Ausgleich wird im Wahlprogramm die skizzierte Bosnien-Position verankert. Für die Linken war dies ein schlechter Handel, schließlich sind die NEINs zu Amsterdam und NATO-Osterweiterung Parteiposition. Warum also noch einen Preis dafür zahlen, daß Realo-MdBs diese Beschlüsse auch respektieren?

Generell hatte die „Kompromißbildung“ natürlich den strukturellen Nachteil, daß hier nur zwei Teile der Partei miteinander verhandelten. Der pazifistische Flügel saß nicht mit am Tisch. Insofern ist der später erhobene Vorwurf an Jürgen Trittin, er habe seine Leute nicht im Griff, natürlich völliger Unfug.

(Der skizzierte Kuhhandel wurde am 26.März noch einmal virulent, als im Bundestag über die Ratifizierung der NATO-Osterweiterung abgestimmt wurde. 14 Realo-MdBs (darunter J. Fischer) „erklärten ... den Handel für hinfällig“ (FAZ 25.3.98), bemühten einmal mehr ihr Gewissen und stimmten mit dieser Begründung dem Antrag der Bundesregierung zu. Dem war ein tagelanger GRÜNER Streit vorausgegangen, bei dem der Bundesvorstand erfolglos auf die Einhaltung der Parteibeschlüsse gepocht hatte.)

3. Show-down in Magdeburg

Am Freitag abend (6.3.) in Magdeburg stellte sich die Antragslage folgendermaßen dar: Der Bundesvorstand hatte auf seiner Sitzung um 17.00 Uhr auch formal den „Kompromiß“ abgesegnet. Dadurch hatte der Bundesvorstand als Antragsteller nicht mehr getan als einen Änderungsantrag zu übernehmen, womit sich jede Abstimmung erübrigte. Außerdem war die

Tagesordnung insofern geändert worden, daß nunmehr die Außenpolitik statt am Sonntagvormittag bereits am Samstagabend ab 21.00 Uhr diskutiert werden sollte.

Die einzige Eingriffsmöglichkeit bestand also nun noch in dem wenig verheißungsvollen Ansatz, einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu stellen. Nur dadurch ließ sich überhaupt noch eine Abstimmung über den übernommenen Änderungsantrag herbeiführen. Um die Delegierten am Samstagabend nicht vollends zu verwirren, erschien es mir am sinnvollsten, erstens einfach den alten Text gegen den neuen zu stellen, und zweitens eine Debatte zur Bosnienfrage zu beantragen. Damit schlüpfte man im Grunde in die klassische Bundesvorstandsrolle („keine Änderungen“), die dieser später auf der BDK in anderen Programmteilen erfolgreich praktizieren sollte.

Andere sahen die Sache anders und überlegten, wie man den neuen Text abschwächen und verändern könnte. Dahinter stand z.T. die Einschätzung, das Anliegen, zu Bosnien irgend etwas ins Programm zu schreiben, sei berechtigt und müsse aufgegriffen werden. Man müsse etwas Positives anbieten.

Auf dem Treffen der Parteilinken („Babelsberger Kreis“) am Freitagabend gab es entsprechend drei Auffassungen: Die erste, die das Vorgehen des Bundesvorstands unterstützte, die zweite, die zum alten Text des Programmentwurfes zurückkehren wollte und die dritte, die die letzten 2 Sätze des BuVo-Änderungsantrags streichen wollte. Diese lauteten: „Deshalb wird die Beteiligung an einem weiteren Einsatz in Bosnien ein schwieriger und immer wieder neu zu entscheidender Ausnahme- und Konfliktfall bleiben. Die mögliche deutsche Beteiligung an einem solchen Einsatz muß im Lichte dieser Position konkret durch den Bundestag entschieden werden.“ Die anderen Sätze sollten geschluckt werden. Aus meiner Sicht sei angemerkt: Auch bei einer solchen Beschlußlage hätte die Partei die umstrittene Position der Fraktionsmehrheit aus dem Jahre 1996 übernommen (s.o.). Deswegen hielt ich das aus meiner Sicht für nicht akzeptabel. Andere hielten den Vorschlag zumindest für eine sinnvolle Rückfallposition. Die mehrheitliche Stimmung des Treffens war, daß die BuVo-Übernahme nicht einfach so durchgehen könne und Änderungsanträge deswegen auf jeden Fall sinnvoll seien.

Am Samstag sammelten dann Michael Rise Unterschriften unter den „Streichungsantrag“ (letzte 2 Sätze weg) und ich unter den weitergehenden Antrag „Rückkehr zur ursprünglichen Textfassung“.

Auf einem AntragstellerInnen-Treffen wurde dann ein faires Verfahren gefunden, wie mit den Anträgen umzugehen sei. Entsprechend entwickelte sich am Abend nach 21.30 Uhr folgendes Szenario:

1. Akt: GO-Antrag auf Eröffnung einer Debatte zum Thema Bosnien

Ich stellte einen GO-Antrag auf Eröffnung einer Debatte zum Thema Bosnien. Angesichts des überschrittenen Zeitplans hatte das Präsidium bereits 3 Stunden früher die Latte für derartige Debatten hoch gelegt. Eine 2/3-Mehrheit war erforderlich. Diese wurde in der Abstimmung natürlich nicht erreicht. Andererseits konnte ich in der Begründung des GO-Antrag noch einmal die formalen Argumente zusammenfassen und war auf diese Weise nicht gezwungen, sie im späteren Redebeitrag mit den inhaltlichen Punkten zu vermischen.

Ich berichtete von meinen Absichten, eigene Anträge zu Bosnien einzubringen. Diese hätten u.a. zum Inhalt gehabt, die Bundeswehr sofort aus Bosnien abzuziehen. Ich hätte mich jedoch

entschieden, die BDK nicht mit diesem jahrelangen Streit zu belasten. Schließlich wüßten wir alle, daß es zum Thema sehr unterschiedliche und kontroverse Einschätzungen in der Partei gäbe. Vor diesem Hintergrund hätte ich mich dann auf eine eher harmonische BDK eingestellt. Kurz vor Toresschluß hätte dann jedoch der Landesvorstand Baden-Württemberg einen Krawallantrag auf Revision der friedenspolitischen Programmatik eingebracht. Damit sei das Faß auf gemacht. Ich wolle dem Konflikt nicht ausweichen, sondern trüge ihn gerne aus, wenn es denn so gewünscht sei.

In dieser Situation nun hätte der Bundesvorstand einen großen Teil des Baden-Württemberger Antrages übernommen. Auf diese Weise solle mal so eben nebenbei die friedenspolitische Programmatik geändert werden. Das sei ein schlechter politischer Stil. Dieser Kompromiß sei einer auf Kosten des pazifistischen Flügels. Dieser solle das Opferlamm spielen.

Mehrere Jahre und auf mehreren BDKs hätten wir uns über das Thema auseinandergesetzt. Deswegen brauche man auch diesmal zumindest ein wenig Zeit für eine inhaltliche Debatte. Auch die Delegierten sollten die Chance erhalten einzugreifen. Das erfordere die Demokratie und die politische Kultur.

Diese GO-Abstimmung war für die Versammlung ein erster Weckruf.

2. Akt: Der Bosnienantrag inhaltlich

Nach Ablehnung des GO-Antrages erfolgten nunmehr je 2 Reden für den Kompromiß (Frithjof Schmidt und Rainer Bütikofer) und 2 Reden dagegen (Heidi Meinzolt-Depner und ich). Dann wurde erst einmal offen abgestimmt. Da nicht entscheidbar war, wer nun die Mehrheit hatte, wurde die Abstimmung schriftlich wiederholt. Das Ergebnis ist bekannt: 274 stimmten für den Bundesvorstandsantrag, aber 275 dagegen (bei 13 Enthaltungen).

3. Akt: Revisionsversuche

Während die weiteren außenpolitischen Änderungsanträge behandelt wurden, fand sich in einem Hinterzimmer eine Runde aus Baden-Württembergern, BuVo und BT-Fraktionsspitze zusammen, zu der ich nach einiger Zeit hinzugebeten wurde. Aus dem Realo-Lager wurde das Anliegen vorgetragen, die demokratische Entscheidung über eine Interpretationshilfe oder was auch immer abzumildern, um Schaden von der Partei abzuwenden. Es ginge darum, die Kluft zwischen Partei und Fraktion zu reduzieren. Nachdem das bei der Abstimmung nicht gelungen sei, läge es nun in der Hand der „Sieger“, durch eine entgegenkommende Erklärung das Schlimmste zu verhindern. Die Alternative, die Kluft durch ein Zubewegen der Fraktion auf die Partei zu verringern, spielte in der Diskussion keine Rolle. Auch die Frage, ob man denn bei einem Abstimmungsergebnis in der anderen Richtung auch in solch einer Runde zusammensitzen würde, blieb unbeantwortet.

Da ich keinen Handlungsbedarf sah, löste sich die Runde schließlich auf. Anschließend diktierten einige prominente GRÜNE den wartenden JournalistInnen die Schlagzeilen für den nächsten Tag in den Block, so daß es dann zu einer „self-fulfilling prophecy“ kam. Da auch gerade die Fußballbundesliga gespielt hatte, wurden den JournalistInnen Fachbegriffe wie „Eigentor“ oder „Steilvorlage für den politischen Gegner“ mit auf den Weg gegeben.

4. Die Folgen von Magdeburg

Auch wenn formal lediglich die Formulierungen verabschiedet wurden, die der Bundesvorstand in vielen Monaten der Kompromißsuche gefunden hatte, ist die politische Wirkung natürlich jetzt eine andere, als wenn der beschlossene Text vom Bundesvorstand selbst durchgebracht worden wäre. Die politische Textauslegung ist nunmehr eindeutig: Unsere Ablehnung von Kampfeinsätzen schließt die Ablehnung des Bundeswehr-Einsatzes in Bosnien ein, der schließlich auf Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta erfolgt. Damit ist der Bundestagsfraktion klar auf den Weg gegeben, daß bei der nächsten Bundestagsentscheidung über die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes dagegen abzustimmen ist. Auch das Verhalten der Fraktionsmehrheit bei der letzten Bosnien-Entscheidung (Dez. '96) ist von der Partei nachträglich ausdrücklich mißbilligt worden.

Bei einer umgekehrten Entscheidung der BDK wäre Magdeburg als außenpolitischer Wende-Parteitag in die GRÜNE Geschichte eingegangen. O-Ton Joschka Fischer: „Hätte der Parteitag anders entschieden, hätten wir die Grundlage für eine positive Entscheidung für SFOR gehabt.“ (STERN 12.3.98) Es ging also keineswegs um UN-Blauhelme, sondern um eine direkte Unterstützung des NATO-Einsatzes. Die Schlagzeilen hätten möglicherweise gelautet: „GRÜNE unterstützen Bosnien-Einsatz der Bundeswehr“, „GRÜNE jetzt olivgrün“ oder „GRÜNE verabschieden sich vom Pazifismus“.

Daß ihnen die Entscheidung einer GRÜNEN BDK herzlich egal ist, haben führende GRÜNE Bundespolitiker unmittelbar nach Magdeburg klargemacht: „Parteibeschluss für mich nicht bindend“ (Joschka Fischer, Hamburger Morgenpost 10.3.98) oder: „Ich stimme gegen meine Partei“ (Rezzo Schlauch, Hamburger Morgenpost 11.3.98). Die Arroganz der Macht bringt aber der schlechte Verlierer der BDK, Reinhard Bütikofer, auf den Punkt, wenn er kommentiert: „Da hat es Managementfehler gegeben. Es ist zuwenig Mühe darauf verwendet worden, den Delegierten die politische Bedeutung klarzumachen. Und: man muß zugeben, daß der Weg zur außenpolitischen Handlungsfähigkeit für unsere Partei noch ein Stück weiter ist, als viele von uns hofften.“ (Stuttgarter Nachrichten 10.3.98) Mit diesem Demokratie-Verständnis wären die GRÜNEN endgültig zur Altpartei geworden.

Neben der Aufforderung an die Bundestagsfraktion, gegen den Bosnien-Einsatz zu stimmen, beinhaltet der Magdeburger Beschluß ein zweites inhaltliches Signal: Eine GRÜNE Regierungsbeteiligung muß sich auch in einer anderen Außenpolitik widerspiegeln. Neben verschiedenen nicht-militärischen Projekten und Initiativen (Ziviler Friedensdienst, Fünf für Frieden, UN-Sanktionshilfefonds etc.) sollte es unter Rot-Grün keine Bundeswehreinsätze out-of-area geben. Eine Fortsetzung der Außenpolitik, wie sie von der Kohl-Regierung betrieben wird, ist für die Mehrheit der GRÜNEN nicht akzeptabel. Auch in der Außenpolitik sind neue Gesichter zu wenig. Was die Regierungsfähigkeit der GRÜNEN betrifft, so hat Jürgen Trittin in Magdeburg dazu alles Nötige gesagt: Regierungsfähigkeit kann nicht daran „gemessen werden, ob man die Position Volker Rühes übernimmt“ (FR 9.3.98).

Trotz allen vergangenen Streits in der Bosnienfrage wäre für die Zukunft eine Einigungslinie denkbar. Die Abgeordneten, die sich in der Vergangenheit über die Parteibeschlüsse hinweg gesetzt haben, sollten überlegen, ob 2 ½ Jahre nach Dayton auch aus ihrer Sicht eine Truppenpräsenz in Bosnien wirklich (noch) notwendig ist oder ob nicht die Stationierung von UN-Polizeikräften ausreicht. Eine solche Position könnte in der Partei breit getragen werden.

Mit der außenpolitischen Weichenstellung von Magdeburg haben die GRÜNEN die gesellschaftliche Diskussion um zivile, nicht-militärische Alternativen wieder geöffnet. Nachdem sich schon niemand mehr traute, öffentlich den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr zu kritisieren, haben die GRÜNEN jetzt der (zwar klein gewordenen) Friedensbewegung eine

Steilvorlage gegeben. Daß diese Botschaft angekommen ist, zeigen viele Anrufe, die ich nach der BDK von FriedenaktivistInnen erhalten habe. Auch wir GRÜNEN sollten das gestiegene Interesse an unseren außenpolitischen Vorschlägen nutzen und dazu eine Diskussionsoffensive machen. ReferentInnen aus dem Fachbereich Außenpolitik bzw. der BAG Frieden können jederzeit zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Uli Cremer